

Das Arbeitslosengeld II

Ab 1. Januar werden Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammengelegt

Die monatlichen Regelleistungen bei Arbeitslosengeld II/Sozialgeld

Allein Stehender (100 %)	Haushaltsangehörige		
	Kinder bis 14 Jahre (60 %)	Jugendliche 15-18 Jahre (80 %)	Partner ab 19 Jahre (90 %)
West 345 Euro	207	276	311
Ost 331 Euro	199	265	298

Zusätzlich übernimmt die Grundsicherung

- Miete und Heizung
- Übergangszuschlag von bis zu **160 Euro** Erwachsene, bis zu **60 Euro** für Kinder
- Mehrbedarf z.B. Schwangerschaft, allein Erziehende
- Bedarf bei zusätzlichen Belastungen (z.B. Erstausrüstung für die Wohnung)
- Beiträge zur Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung bzw. Kranken- und Pflegeversicherungsschutz

dpa
Grafik 9646

Vermittlungsausschuss

Einigung bei Arbeitslosengeld II

Der Weg für die bislang umfassendste Reform des deutschen Arbeitsmarktes ist frei. Regierung und Opposition haben sich auf Details des neuen Arbeitslo-

sengelds II geeinigt. Damit kann die auch als Hartz IV bekannte Reform am 1. Januar 2005 in Kraft treten.

Bundesrat und Bundestag sollen die Reform ▶

INHALT

Neuer
Bundespräsident
Horst Köhler
vereidigt
Seite 3

MediaNight 2004
Seite 7-8

HEUTE AKTUELL

■ Interview mit Laurenz Meyer „Wer nur an den Profit denkt, handelt nicht patriotisch“ (Seiten 4–6) ■ Evangelische Verantwortung – Bundeskongress des EAK (Seite 9) ■ Bundesfachausschuss Agrarpolitik (Seite 10) ■ Debatte auf Platt (Seite 11) ■ Ausschuss der Regionen (Seite 12) ■ Kommunalwahl Thüringen (Seite 13) ■ Arnold Vaatz: Konzeptionslosigkeit bei Aufbau Ost (Seite 14) ■ Michael Meister: Rot-Grün verweigert sinnvolle Einigung beim Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (Seite 14) ■ Helmut Heiderich: Grüne Gentechnik: EU kontra Rot-Grün (Seite 16) ■ Christian Schmidt: Afghanistan braucht mehr als Stückwerk (Seite 16)

► Ende kommender Woche verabschieden.

Im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat beschlossen Regierung und Opposition, den Kommunen 3,2 Milliarden Euro aus Bundesmitteln für die Unterbringung von Langzeitarbeitslosen zur Verfügung zu stellen. Wirtschaftsminister Wolfgang Clement hatte vor der letzten Verhandlungsrunde 2,5 Milliarden Euro zum Ausgleich für die Kommunen angeboten. Die Union hatte 3,5 Milliarden gefordert. Zuvor hatten sich Regierung und Opposition auf eine Revisionsklausel verständigt, wonach der tatsächliche Finanzbedarf der Kommunen für die Unterbringung der Langzeitarbeitslosen rasch überprüft werden soll. Wenn eine Kommune weniger Geld erhält, als ihr tatsächlich zusteht, bekommt sie eine Nachzahlung.

Die Einigung sieht ebenfalls vor, dass 69 Kommunen und Landkreise die Möglichkeit erhalten sollen, die Betreuung der Langzeitarbeitslosen nach dem Optionsgesetz in eigener Regie über-

nehmen. Die Regierungskoalition hatte diese Möglichkeit zunächst auf 29 Kommunen beschränken wollen. Die Opposition hatte 96 vorgeschlagen. Nach der jetzt gefundenen Lösung ist eine Grundgesetzänderung für die Übertragung von Bundesmitteln an die Kommunen nicht mehr erforderlich.

2,1 Millionen Bezieher von Arbeitslosenhilfe und 1,1 Millionen erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger sowie deren Familien sollen künftig das Arbeitslosengeld II erhalten. Anlaufstelle sollen von 2005 an Arbeitsgemeinschaften der Kommunen und der Bundesagentur für Arbeit (BA) sein.

Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe gilt als wichtigste Arbeitsmarktreform. Durch eine intensivere Betreuung sollen Langzeitarbeitslose schneller in den Arbeitsmarkt vermittelt werden. Nach den neuen Zumutbarkeitsregeln müssen Langzeitarbeitslose künftig grundsätzlich jede angebotene, legale Arbeit annehmen. Ansonsten drohen Strafen bis zum Wegfall der Leistung.

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Neuer Bundespräsident

Horst Köhler offiziell vereidigt

Horst Köhler ist der neunte Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland. Am vergangenen Donnerstag leistete das Staatsoberhaupt seinen Amtseid im Reichstagsgebäude im Beisein von Bundestagspräsident Wolfgang Thierse und Bundesratspräsident Dieter Althaus.

Köhler leistete den in der Verfassung vorgeschriebenen Eid unter Benutzung der Originalausgabe des Grundgesetzes. Dabei sprach er auch die religiöse Formel „So wahr mir Gott helfe“. An der Vereidigung nahmen auch die Mitglieder von Bundestag und Bundesrat teil.

In seiner Antrittsrede hat der neue Bundespräsident seine Mitbürger aufgefordert, aus Deutschland wieder ein „erfolgreiches Land“ zu machen. „Ein Land, in dem die Menschen Arbeit finden und ihre Ideen entfalten können“, so Köhler. Voraussetzung dafür seien ein neuer Aufbruch und ein Mentalitätswechsel. In der Gesellschaft machten sich zudem neue Spaltungstendenzen bemerkbar. „Wir haben es nicht geschafft, den Sozialstaat rechtzeitig auf



Der neue Bundespräsident Horst Köhler bei der Vereidigung mit Bundesratspräsident Dieter Althaus und Bundestagspräsident Wolfgang Thierse

die Bedingungen einer alternden Gesellschaft und einer veränderten Arbeitswelt einzustellen.“ Er erinnerte an die Ruck-Rede des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog von 1997. „Warum bekommen wir den Ruck immer noch nicht hin? Weil wir alle noch immer darauf warten, dass etwas passiert!“ Deutschland brauche aus ureigenstem Interesse einen neuen Aufbruch. „Wir müssen die Spaltungen in unserer Gesellschaft überwinden.“

In seiner Rede sagte Köhler weiter, Menschen mit Mut, Ideen und Verantwortungsbewusstsein fielen nicht vom Himmel. Sie würden geprägt in der Familie, der Schule oder im Wohnviertel. Deshalb seien „Bildung und Erziehung“ der Schlüssel für die Zukunfts-

fähigkeit Deutschlands“. Zugleich betonte der Bundespräsident die Bedeutung der Familie für die Entwicklung unserer Gesellschaft.

Bildung und Familie müssten auch deshalb „zusammen und neu gedacht werden“, weil ansonsten die rapide Alterung unsere Gesellschaft vor gewaltige Probleme stellen würde. „Ohne Kinder hat das Land keine Zukunft“, bekräftigte Horst Köhler. In seiner mit viel Beifall bedachten Rede plädierte der Bundespräsident außerdem für die Gleichberechtigung von Frau und Mann. Das gelte nicht zuletzt für die Besetzung von Führungspositionen mit Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft. Hier gehöre Deutschland klar zu den „Entwicklungsländern“, fügte Köhler hinzu.

Generalsekretär Laurenz Meyer in der Süddeutschen Zeitung am 26. Juni 2004:

„Wer nur an den Profit denkt, handelt nicht patriotisch“

CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer beobachtet in Deutschland „teilweise ein völlig verkrampftes Verhältnis zu nationalen Symbolen wie Flagge und Hymne“. Da gebe es hier zu Lande Nachholbedarf, sagte Meyer der Süddeutschen Zeitung. Zugleich rügte er die deutschen Manager, die sich „allein an der Bilanz und dem persönlichen Erfolg“ orientierten. Dagegen imponierten ihm die Mittelständler, die sich noch mit der eigenen Stadt oder Region verbunden fühlten.

SZ: Ist der neue Bundespräsident Horst Köhler ein größerer Patriot als Johannes Rau, weil er lauter als dieser sagt: „Ich liebe dieses Land?“

Laurenz Meyer: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass ich weder den jetzigen noch den kommenden Bundespräsidenten benoten möchte.

SZ: Jedenfalls intoniert der neue konservative Präsident sehr bewusst patriotische Bekenntnisse.

Meyer: Ich begrüße das sehr



und verstehe sein Bekenntnis zu Patriotismus und Vaterlandsliebe so, dass er daraus Antrieb und Motivation für sein politisches Handeln gewinnt. Ich bewundere die Haltung von Waldbauern, wenn sie Bäume pflanzen, die erst von späteren Generationen geerntet werden. Das ist ein imponierendes Bild auch für die Politik: Was bedeutet das, was ich politisch tue, für meine Kinder und die Zukunft dieses Landes?

SZ: Diese Sätze würde fast jedes Mitglied der rot-grünen Regierung bedenkenlos unterschreiben. Wo fehlt es da denn an Patriotismus?

Meyer: Es fehlt derzeit bei der SPD daran, dass sie sich nicht entscheiden kann, was

wichtiger ist: etwas für dieses Land zu tun oder alles dem Versuch unterzuordnen, die Partei zusammenzuhalten. Das Gegenteil von Patriotismus ist Ideologie. Wir müssen auch eine Trennungslinie ziehen zum Nationalismus. Im Übrigen kann auch einer Patriot sein und dieses Land lieben, der hier zugezogen ist, ein türkischer Mitbürger zum Beispiel. Wichtiger als die Herkunft ist die Grundhaltung zu unserem Land und seinen Menschen.

SZ: Hat sich der Bundeskanzler bei den D-Day-Feiern wie ein Patriot verhalten, auch wenn er keinen deutschen Soldatenfriedhof mit SS-Gräbern besuchte?

Meyer: Ich fand das Verhalten des Bundeskanzlers angemessen. Es geht doch darum, als deutscher Patriot zur gesamten Geschichte Deutschlands zu stehen und gleichzeitig ein zeitgemäßes Verständnis davon zu entwickeln, was patriotisch ist und was nicht. Es ist wie mit der Geschichte des Deutschlandliedes: Zu Recht wird

heute die erste Strophe nicht mehr gesungen. „Deutschland, Deutschland über alles“ ist nationalistisch diskreditiert, obwohl es, als es geschrieben wurde, Ausdruck des Wunsches war, die Zersplitterung Deutschlands zu überwinden. Man muss akzeptieren, dass die nicht gesungene erste Strophe Teil unserer Geschichte ist – aber wir singen sie eben zu Recht nicht mehr.

SZ: Nach dem Fall Hohmann hatte Angela Merkel eine Patriotismusdebatte angekündigt. Warum ist daraus nichts geworden?

Meyer: Der Umgang mit Hohmann ist bereits Teil dieser Debatte. Gerade weil wir unbefangen über Patriotismus sprechen wollen, mussten wir eine klare Grenze ziehen. Hohmann hat Grundpositionen unserer Partei infrage gestellt, und wir haben die Grenze durch seinen Ausschluss aus der Partei und der Bundestagsfraktion gezogen.

SZ: Sein Hinauswurf war also praktizierter Patriotismus?

Meyer: Ja, weil wir unser Wertekonzept nicht in Misskredit bringen lassen.

SZ: Vor drei Jahren hat der grüne Umweltminister Jürgen Trittin Sie mit einem Skinhead ver-

glichen, weil Sie sagten: Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein. Erkennen Sie sich in dem wieder, was Horst Köhler jetzt sagt?

Meyer: Ich habe diesen Satz gesagt, weil ich ihn nicht den Rechtsradikalen überlassen will. In Horst Köhlers Worten erkenne ich mich wieder. Ich habe mich übrigens in der Bundesversammlung geärgert über das Verhalten von einigen Grünen, insbesondere von Herrn Trittin, der beim Singen der Nationalhymne mit der Hand in der Hosentasche dastand und nicht mitsang. So ein Mann gehört schon allein wegen dieser Grundeinstellung gegenüber den Symbolen des eigenen Landes nicht in die Bundesregierung. In Deutschland gibt es teilweise ein völlig verkrampftes Verhältnis zu nationalen Symbolen wie Flagge oder Hymne, das unsere Nachbarn oft erstaunt. Da gibt es großen Nachholbedarf in unserem Land. Wer zum Beispiel bei einem Fußballländerspiel eine schwarz-rot-goldene Fahne vor sein Haus hängt, gilt bei uns gleich als verkappter Nationalist.

SZ: Es drängt sich der Eindruck auf, die neuen Patriotismustöne aus der Union sollen Deutschland fit machen für das, was noch an Einschnitten

und harten Reformen auf uns zukommt, nach dem Motto: sich quälen für Deutschland?

Meyer: Ich halte diese Frage für zu polemisch. Richtig ist: Eine emotionale Komponente und ein Bekenntnis zum eigenen Land und seinen Menschen gehören für mich dazu, wenn wir Deutschland zum Besseren verändern wollen. Denn wir werden den Veränderungsprozess nur bewältigen, wenn wir eine gemeinsame Motivation verspüren. Das schafft auch erst die Voraussetzung für den nötigen Optimismus, den wir brauchen, wenn wir unsere Ziele erreichen wollen.

SZ: Stichwort vaterlandslose Gesellen: Sogar das Manager-Magazin rügt deutsche Unternehmer dafür, was sie vom Standort Deutschland halten: „nämlich wenig bis gar nichts“. Teilen Sie diese Kritik?

Meyer: So pauschal nicht. Es gibt bei deutschen Managern sehr unterschiedliche Auffassungen. Der Chef eines der größten deutschen Aktienunternehmen sagte mir, Maßstab für sein Handeln sei: Er wolle daheim auf dem Markt einkaufen können, ohne von den Leuten schräg angeschaut zu werden wegen seiner Firmenpolitik. Das gefällt mir.

SZ: Und was gefällt Ihnen nicht?

Meyer: Die Manager in diesem Land, die sich allein an der Bilanz und dem persönlichen Erfolg orientieren. Das reicht nicht.

SZ: Patriotismus steht bekanntlich nicht als Pflicht im Aktienrecht. Was werfen Sie kühlen Rechnern konkret vor?

Meyer: Jemandem, der im Ausland investiert, um den Bestand des Unternehmens zu sichern und damit auch daheim Arbeitsplätze zu bewahren, werfe ich nichts vor. Aber wer das Land und die Menschen aus den Augen verliert und nur in Profit-Kategorien denkt, handelt nicht patriotisch. Mir imponieren die Mittelständler, die sich noch mit der eigenen Stadt oder Region verbunden fühlen. Diese Grundhaltung droht verloren zu gehen, und das wäre ein riesiger Verlust für Deutschland.

SZ: Manager sollen vom Vaterland statt vom Standort sprechen?

Meyer: Der Ausdruck Standort klingt distanziert und austauschbar. Und das ist Deutschland eben nicht. Nicht nur für Berufspolitiker sollte gelten: Es geht um den

Einsatz für die Menschen in unserem Land und, wenn Sie so wollen, damit für unser Vaterland.

SZ: Lassen Sie uns am Beispiel Irak-Krieg über den Einsatz für Deutschland reden. Wer war vor Jahresfrist ein Patriot: Kriegsbefürworter oder Gegner?

Meyer: Das ist kein gutes Beispiel. Die Union hat den Krieg nie befürwortet. Aber nachdem der Krieg begann, haben wir uns klar auf die Seite der USA, nicht auf die von Saddam Hussein gestellt. Denken Sie an Helmut Kohl. Der war und ist ein großer Patriot, er hat deutsche Soldaten bewusst nicht am ersten Irak-Krieg beteiligt. Andererseits kann man das deutsche Militär-Engagement zusammen mit anderen Nationen auf dem Balkan für Menschenrechte und gegen das Morden durchaus aus patriotischer Verpflichtung ableiten.

SZ: Wer hat sich denn an die Seite Saddam Husseins gestellt?

Meyer: Ich fand es grundfalsch, in der Uno den Druck auf Hussein zurückzunehmen. Gemeinsames Handeln in Europa wäre notwendig gewesen.

SZ: Das heißt im Klartext: Der Bundeskanzler war vor Jahresfrist kein Patriot, er stand, zumindest unfreiwillig, an der Seite Saddam Husseins.

Meyer: Das hat mit der Patriotismus-Debatte nichts zu tun. Aber ich habe die Art und Weise, wie der Bundeskanzler diese Frage auf Marktplätzen um parteitaktischer Motive willen zum Wahlkampfthema machte, für unverantwortlich gehalten.

SZ: Am 20. Juli jährt sich das Hitler-Attentat zum 60. Mal. Waren die Attentäter Patrioten? Und was ist mit den kommunistischen Widerständlern?

Meyer: Für mich ist der Gegensatz von Patriotismus Ideologie. Deshalb halte ich die Widerstandskämpfer des 20. Juli in ihrem Kampf gegen die NS-Ideologie für Patrioten.

SZ: Die deutschen Kommunisten halten Sie also für wenig patriotisch. Und was ist mit den Wehrmachtsdeserteuren, die sich dem NS-System entzogen?

Meyer: Das kann man nicht pauschal beantworten. Die Deserteure hatten unterschiedliche Motive, darunter waren sicher auch Patrioten. Interview: Susanne Höll und Joachim Käppner.

Medianight der CDU

Trend zu kleinen Computern

Der Vorstandsvorsitzende von T-Mobile International, René Obermann, hat auf der CDU-MediaNight aktuelle Trends der mobilen Kommunikation vorgestellt.

Die Entwicklung gehe ganz klar zu kleinen, leistungsfähigen Computern, sagte Obermann. Zugleich sei absehbar, dass die mobile Kommunikation im Vergleich zum Festnetz weiter an Marktanteil gewinnen werde. Bereits heute gebe es 1,4 Milliarden Mobilfunknutzer weltweit. In dem Maße, in dem die Menschen via Handy auf mobile Onlinedienste zugreifen könnten, werde der Mobilfunk den PC ersetzen, prognostizierte der T-Mobile-Chef.

Da Mobilfunk zudem immer kostengünstiger angeboten werden könne, bestehe sogar die Möglichkeit einer „Substitution des Festnetzes“. Auch mit Blick auf die „digitale Spaltung“ könne der Mobilfunk eine echte Alternative zum PC darstellen: Denn UMTS und Breitbandtechnologien ermöglichen einen immer schnelleren Netzzugang, so dass über Mobilfunk künftig gan-



T-Mobile-Chef René Obermann

ze Regionen neu für das World Wide Web erschlossen werden könnten. Einzig die Deutschen erwiesen sich nach wie vor als hartnäckige „Mobilfunkmuffel“.

Angesichts der Wachstumschancen habe sich der Mobilfunk längst zu einem „globalen und zugleich kostenintensiven Spiel“ entwickelt, sagte Obermann weiter. In diesem Zusammenhang forderte er die Kommission in Brüssel auf, in Europa vergleichbare Rahmenbedingungen zu schaffen wie in den USA. Dazu müssten Industrie und Politik bei Umweltfragen

und Verbraucherschutz enger zusammenarbeiten, unterstrich der Chef von T-Mobile. Um die Nutzerfreundlichkeit der Mobilfunkgeräte zu gewährleisten, gehe der Trend klar in Richtung einfacher und schnell zu bedienender Geräte. Den „globalen Assistenten“, die über die Sprache bedient werden könnten, gehöre dabei die Zukunft.

Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel, immer auf der Suche nach neuen Höchstleistungstechnologien, mit denen Wachstum und Beschäftigung in

Deutschland generiert werden können, hörte die Botschaft gern. Positiv stellte sie vor allem die Wettbewerbsfähigkeit von T-Mobile im internationalen Vergleich heraus. Im Unterschied zu global tätigen Managern müsse die Politik zusätzlich dafür sorgen, dass nicht irgendwo auf der Welt, sondern in Deutschland neue Arbeitsplätze entstünden. Deshalb sei es Aufgabe einer klugen, vorausschauenden Politik, die gesetzlichen Rahmenbedingungen rechtzeitig zu schaffen, um modernen Technologien zum Durchbruch zu verhelfen. Dies könne jedoch nur gelingen, wenn sich Politik und Industrie in einem „offenen Dialog“ befänden und gegenseitig informierten.

Zuvor hatte sich Generalsekretär Laurenz Meyer ausdrücklich zum dualen Rundfunksystem in Deutschland bekannt. Öffentliche und private Wettbewerber benötigten faire Entwicklungschancen, unterstrich der Generalsekretär. Die Politik werde deshalb auch in Zukunft dafür eintreten, dass das duale System nicht in eine „Schiefelage“ gerate. Denn nur so könnten mögliche negative Auswirkungen auf die Vielfalt und Qualität des gesamten Angebots ausgeschlossen werden. Zu-



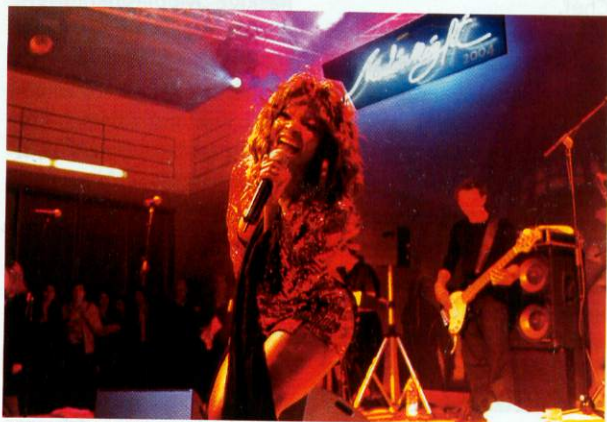
Angela Merkel und Laurenz Meyer mit dem Chef der britischen Konservativen, Liam Fox

gleich kündigte Meyer an, dass die Union eine maßvolle Anpassung der Rundfunkgebühren mittragen werde.

Die vierte MediaNight der CDU Deutschlands lockte weit mehr als 1000 Teilnehmer in das Konrad-Adenauer-Haus. Musikalisches Highlight war an diesem Abend der Live-Auftritt von Deidra Jones und ihrer Band. Auch die Chance, sich

in spannenden Workshops über die aktuellen medienpolitischen Debatten und Aktivitäten zu informieren – unter anderem stand ein Live-Hacking auf dem Programm – macht die MediaNight zu einem Selbstläufer.

Die Ergebnisse der Workshops, sowie weitere Informationen zur Medianight 2004 finden Sie unter www.medianight-cdu.de.



Soul-Musik mit Deidra Jones

41. Bundestagung des EAK in Hannover

„Evangelische Verantwortung – gestern und heute“

Seine 41. Bundestagung veranstaltete der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) in der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover. Der Veranstaltungsort war bewusst gewählt, gedachte man doch des Begründers und ersten Bundesvorsitzenden des EAK, Hermann Ehlers, dessen Wirkungsstätte schwerpunktmäßig in Niedersachsen lag.

Der Bundesvorsitzende des EAK, Thomas Rachel, freute sich besonders, die CDU-Parteivorsitzende und ehemalige Bundesvorsitzende des EAK, Angela Merkel, begrüßen zu können. In ihrer Rede zum Thema „Evangelische Verantwortung gestern und heute“ würdigte sie den EAK als wichtiges Forum innerhalb der Union. Von ihm gingen immer wieder wichtige Impulse für die Ausrichtung der Partei in ethischen und gesellschaftspolitischen Fragen aus, die über das tagesspolitische Geschäft hinaus von Bedeutung seien.

Ausgehend von dem Begriff „Evangelische Verantwortung“, den Ehlers be-

reits 1951 im Einladungsschreiben an führende evangelische CDU-Mitglieder zur Gründungstagung des EAK in Sie-

gen verwendete, hob Merkel hervor, dass der EAK auch in jüngster Zeit seinem Anspruch gerecht werde, sich in politische Entscheidungsprozesse im Sinne Ehlers einzubringen. So habe der EAK unter anderem zu den Themen Menschenrechte, Zuwanderung, Religionsunterricht und zu den ethischen Fragen am Beginn und am Ende des Lebens deutlich Position bezogen und damit einen Beitrag zur Ausrichtung des inneren Koordinatensystems der Partei geleistet.

Gleichzeitig erinnerte Merkel daran, dass sich Politiker heute darauf besinnen sollten, dass es noch etwas Größeres gebe, etwas, das der eigenen Verfügbarkeit



entzogen sei. Mit dieser Mahnung zu mehr Demut erinnerte sie an die Gründungsväter und -mütter der Union, die, wie Ehlers aus der Erfahrung des Zweiten Weltkrieges heraus, sich ihrer großen Verantwortung als Politiker vor Gott und den Menschen bewusst gewesen seien. Das christliche Menschenbild müsse auch weiterhin das Leitbild für die Union sein. In diesem Zusammenhang bedauerte Merkel, dass die Aufnahme des Gottesbezuges in die Präambel des EU-Verfassungsvertrages zunächst gescheitert sei unterstrich jedoch gleichzeitig, dass man in dieser Angelegenheit weiterhin für die eigene Position eintreten werde.

CDU fordert Perspektive für deutsche Landwirtschaft

Der Bundesfachausschuss Agrarpolitik der CDU fordert die EU-Kommission und die Bundesregierung auf, bei den derzeitigen Verhandlungen in der WTO die leistungsfähige und nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft in Europa abzusichern und beim weltweiten Agrarhandel einen wirksamen Verbraucherschutz durchzusetzen.

Die EU muss die Wettbewerbschancen der heimischen Land- und Ernährungswirtschaft stärken und sich gleichzeitig nachdrücklich weltweit für vergleichbare Produktionsstandards in den Bereichen des Tier-, Natur- und Umweltschutzes sowie des Verbraucherschutzes einsetzen.

Es ist unverzichtbar, dass die EU den Verhandlungsspielraum, den sie aus den beiden Agrarreformen aus den Jahren 1999 und 2003 gewonnen hat, nutzt, um weltweit eine weitere Öffnung der Agrarmärkte und einen weltweiten Abbau handelsverzerrender Agrarhilfen zu erzielen. Die Belange der Entwicklungsländer sind in besonderer Weise zu berücksichtigen, wobei nach



Peter Bleser

dem jeweiligen Stand der wirtschaftlichen Entwicklung zu unterscheiden ist. Exporterstattungen können weitgehend abgebaut werden, sind aber auf absehbare Zeit in einem begrenzten Masse zur Absicherung der EU-Agrarpolitik unverzichtbar. Deshalb darf die EU ein Enddatum für einen Abbau der Exporterstattungen nicht akzeptieren. Unter der Voraussetzung, dass alle Instrumente der Exportförderung in anderen WTO-Ländern, wie Exportkredite, Nahrungsmittelhilfe und staatliche Handelsunternehmen in gleicher Weise abgebaut werden, sollte die EU jedoch bereit sein, den aus der Reform der Agrarpolitik gewonnenen Spielraum für eine weitgehende Reduzierung der

Exporterstattungen zu nutzen.

Der in der EU verfolgte Verbraucherschutz muss auch bei den WTO-Verhandlungen durchgesetzt werden. Sonst führen die hohen europäischen Verbraucherschutzstandards zu Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der europäischen Landwirtschaft.

Parallel zu den WTO-Verhandlungen führt die EU nun Verhandlungen mit den Mercosur-Ländern (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) und mit Chile über ein Freihandelsabkommen. Beide Seiten sind übereingekommen, die Verhandlungen bis zum Oktober 2004 abzuschließen. Die Angebote der EU zur Begünstigung der Importe aus den Mercosur-Ländern insbesondere bei Getreide, Mais, Bioethanol und Rindfleisch bergen die Gefahr in sich, dass die EU-Märkte sich nicht so festigen können, wie das nach der Reform der EU-Agrarpolitik vorgesehen ist. Eine Marktorientierung unter Preisdruck von außen kann jedoch keine Perspektive für die europäische Landwirtschaft bieten.

„Watt man will, is noch lang nich, watt man deit“

Nicht, dass der Norddeutsche als solcher unhöflich wäre – diesen Eindruck wollte Wolfgang Börnsen in der Bundestagsdebatte nicht aufkommen lassen.

Gleichwohl verweigerte der Flensburger Abgeordnete dem amtierenden Sitzungsleiter die übliche, aber im Plattdeutschen unbekannte Anrede „Herr Präsident“. Statt dessen wurde Norbert Lammert mit einem „verehrte Vörsitter“ bedacht.

Die für den Bundestag ungewohnten Töne waren dem Anlass der Debatte durchaus angemessen, ging es doch um den Regierungsbericht zu den Minderheiten- und Regionalsprachen – entsprechend glänzten die Parlamentarier mit Sprachkenntnissen in Plattdeutsch und Sorbisch, und Börnsen machte denn auch gleich zu Beginn seines Auftritts deutlich, dass „de Nedderdütschen de Kopp stolt in Nack nehm könnt“. Dem Sprachenbericht zufolge verwenden und verstehen in Deutschland mehr als 150 000 Menschen eine der hiesigen Minderheitenspra-

chen: Dänisch, Sorbisch und Friesisch sowie das Romanes der deutschen Sinti und Roma. Das Nieder- oder Plattdeutsche, das als „Regionalsprache“ gilt, be-

herrschten groben Schätzungen zufolge rund acht Millionen Menschen in ganz Norddeutschland. Trotzdem bilanzierte Börnsen, Sprecher einer 44-köpfigen Abgeordnetenallianz für Minderheiten- und Regionalsprachen: „De lütten Spraken bi uns hemm dat nich licht.“ Die vom Bund angekündigte Kürzung der Mittel für die Stiftung des sorbischen Volkes nahm deren Vorsitzende Maria Michalk ins Visier – selbstverständlich auf Sorbisch. Nachdrücklich setzte sich die CDU-Abgeordnete dafür ein, der sorbischen Sprache bei der Lehrer-Ausbildung eine größere Rolle einzuräumen. Immerhin gibt es auch Erfolge zu verzeichnen: So ist es beispielsweise mittlerweile möglich, sich vor Gericht auf „Platt“ zu verteidigen. Gleichwohl müsse sich



Wolfgang Börnsen



Maria Michalk

die Bundesregierung zur Forderung der Minderheitensprachen „uk mit Moneeten bekennd und Projekte in Gang setten“, verlangte Börnsen. So hält er es beispielsweise für dringend notwendig, die 30 Jahre alte und einzig zuverlässige Bestandsaufnahme der deutschen „Platt-Snacker“ auf den neuesten Stand zu bringen. Auch gemischtsprachige Projekte in Kindergärten sollten mehr Unterstützung bekommen. Damit solcherlei Forderungen bei der Regierung nicht auf völliges Unverständnis stoßen, wurden die Reden von zwei Ste-notypisten aufgenommen, die sowohl sorbisch als auch plattdeutsch perfekt beherrschen. Schließlich gilt auch hier Börnsens Weisheit: „De plattdütsch snaken deit, dat is lang keen Döösbaddel.“

Ausschuss der Regionen

Das „Subsidiaritätsgewissen“ der EU

Von Peter Straub, seit 11. Februar 2004 Präsident des Ausschusses der Regionen

Mit dem Ausschuss der Regionen (AdR), der 1994 als jüngste europäische Institution gegründet wurde, haben die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften erstmals ein „Sprachrohr“ bei der Europäischen Union in Brüssel erhalten. Wenn drei Viertel der EU-Rechtsvorschriften auf lokaler und regionaler Ebene umgesetzt werden, so ist es nur sinnvoll, den Vertretern der Gemeinden, Städte, Regionen und Länder auch eine Stimme zu geben. Seit seiner Gründung konnte der AdR seine Stellung beständig ausbauen. Dies geschah vor allem durch eine Ausweitung seiner Anhörungsrechte. Einen gewaltigen Schritt nach vorn für den AdR würde der von den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Union am 17./18. Juni 2004 angenommene europäische Verfassungsvertrag bringen, der jetzt noch ratifiziert werden muss. Darin wird nicht nur die lokale und regionale Selbstverwaltung anerkannt, sondern auch dem AdR erst-



Peter Straub

mals eine Klagebefugnis vor dem Europäischen Gerichtshof bei Verstößen gegen das Subsidiaritätsprinzip eingeräumt. Mit diesem Instrument würde der AdR zum „Subsidiaritätsgewissen“ der Union.

Ein weiteres zentrales Thema in den kommenden Jahren ist die Erweiterung der Union. Der AdR ist durch die Aufnahme der zehn neuen Mitgliedstaaten am 1. Mai 2004 von 222 auf 317 Mitglieder angewachsen. Ziel muss es sein, die neuen Kolleginnen und Kollegen im AdR schnell in die Arbeit zu integrieren. Zudem wird es darauf ankommen, bisher eher zentralistisch aufgebauten Staaten die Vorteile dezentraler Strukturen in einem Europa der 25 näher zu bringen. Gerade das größere

Europa braucht das starke Fundament der Kommunen und Regionen. Sie sind der Schlüssel für ein demokratisches und bürgernahes Europa. Ausgebaut werden muss ferner die interinstitutionelle Zusammenarbeit mit Kommission, Parlament und Rat, damit die beratenden Stellungnahmen des AdR im europäischen Gesetzgebungsverfahren auf größere Resonanz stoßen. Ein erster Schritt war das Kooperationsprotokoll mit der Kommission, die den AdR regelmäßig darüber informiert, inwieweit sie seinen Stellungnahmen Folge leistet.

Wenn zum diesjährigen zehnten Jubiläum des AdR der von Thomas von Aquin stammende Satz, „dass eine übertriebene Vereinheitlichung und Gleichschaltung den Bestand des aus verschiedenen Gebilden zusammengesetzten Gemeinwesens bedroht“, stärker ins Bewusstsein bei den europäischen Institutionen dringt, wäre ich mit meiner Präsidentschaft zufrieden.

Peter Straub, ist seit 1984 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg und seit 1996 Präsident des Landtags.

Thüringen

CDU stärkste Kraft bei Kommunalwahlen

Der thüringische Ministerpräsident Dieter Althaus hat den Erfolg der CDU bei den Kommunalwahlen gewürdigt. Das Ergebnis habe gezeigt, dass die Union „die Kommunalpartei in Thüringen ist und bleibt“, sagte Althaus. Bedenklich und besorgnis erregend sei allerdings die Zunahme der Stimmen für die PDS vor allem in den kreisfreien Städten.

Nach dem vorläufigen Endergebnis erzielt die CDU bei den Kreistags- und Stadtratswahlen der kreisfreien Städte 40,9 Prozent der Stimmen. Bei der letzten Wahl 1999 kam sie auf 42,4

Prozent. Zweitstärkste Partei wurde mit 24,6 Prozent der Stimmen die PDS, die vor fünf Jahren 17,9 Prozent auf sich verbuchen konnte. Die SPD stürzte von 24,4 Prozent im Jahr 1999 auf 15,6 Prozent ab. Freie Wählervereinigungen konnten Stimmen hinzugewinnen und kamen auf 10,8 Prozent; 1999 waren es für sie noch 8,4 Prozent. FDP und Grüne blieben unter der 5-Prozent-Marke.

Eine deutliche Verschiebung weg von den etablierten Parteien gab es bei den Bürgermeisterwahlen, wobei die Wahlbeteiligung dort

mit 63,2 Prozent überdurchschnittlich hoch war. Nach der Auszählung aller 820 Gemeinden, in denen überwiegend ehrenamtliche Bürgermeister gewählt wurden, kamen die Bewerber außerhalb der etablierten Parteien auf 59,7 Prozent. Sie stellen insgesamt 528 Bürgermeister. Die CDU liegt bei 26,3 Prozent und besetzt 174 Bürgermeisterämter, die SPD kam abgeschlagen auf 8,5 Prozent und hat 35 Bürgermeister. Die PDS kommt nur auf 2,8 Prozent und stellt 7 Bürgermeister, die FDP 23. In 53 Gemeinden sind Stichwahlen erforderlich.

MIKE MOHRING ZUM GENERALSEKRETÄR BESTELLT

In der Landesvorstandssitzung der thüringischen CDU wurde der 32-jährige Landtagsabgeordnete Mike Mohring aus Apolda einstimmig als Generalsekretär eingesetzt. Der Vorschlag kam vom Landesvorsitzenden Dieter Althaus. Die Wahl des Generalsekretärs erfolgt beim nächsten Landesparteitag der CDU Thüringen im Dezember. Mike Mohring ist seit 1999 Abgeordneter

im Thüringer Landtag und seit 2000 finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.

Außerdem wurde der 36-jährige Thomas Pfistner aus Erfurt einstimmig zum neuen Landesgeschäftsführer gewählt. Pfistner war seit 2001 als Leiter der Lan-



Thomas Pfistner



Mike Mohring

desgeschäftsstelle tätig und wird sein neues Amt am 1. Juli 2004 antreten. Er wird damit Nachfolger von Andreas Minschke.

Konzeptionslosigkeit bei Aufbau Ost

Zur Veröffentlichung des Dohnanyi-Most-Papiers:

Das Dohnanyi-Most-Papier ist die Quittung für die Marginalisierung des Aufbaus Ost im politischen Gesamtentwurf der Bundesregierung. Es bestätigt deren seit nunmehr fast sechs Jahren anhaltende Konzeptionslosigkeit gegenüber den spezifischen Problemen Ostdeutschlands. Wenn Edgar Most anmahnt, dass „endlich wieder einmal eine Linie“ vorgegeben werden solle, dann ist dies eine schallende Ohrfeige für den Bundeskanzler, der erst kürzlich wieder alle Forderungen zu einem Umsteuern vom Tisch gewischt hat mit den Worten: „Wir halten Kurs.“

Im Wesentlichen schließt sich die Kommission den Forderungen des sächsischen Ministerpräsidenten Milbradt an, dessen Konzept bereits seit einem Vierteljahr vorliegt, sowie dem Antrag der CDU/CSU-Fraktion, der Milbradts Forderungen aufnimmt. Dieser Antrag wurde im Mai im deutschen Bundestag debattiert und von der Regierungskoalition abgelehnt. Dies lässt in Bezug auf die Frage, ob die Bundesregierung bereit sein



Arnold Vaatz

wird, Dohnanysis Forderungen politisch umzusetzen, nichts Gutes erwarten.

Die Forderung, die Bundesregierung möge einen neuerlichen Koordinator für den Aufbau Ost bestimmen, ist die Bestätigung der völligen Überforderung des Ministers Stolpe, dessen Berufung einst die fatale Wirkungslosigkeit seines Vorgängers Schwanitz vergessen machen sollte. Im Kompetenzgerangel einer völlig verschlissenen Bundesregierung wird auch jeder neuerliche Versuch dieser Art zum Scheitern verurteilt sein.

Richtig ist, dass der Osten Deutschlands eine neue Aufbruchsstimmung braucht. Allerdings zeigen die jüngsten dramatischen Verluste der SPD in Ostdeutschland, wie wenig die Ostdeutschen geneigt sein werden, von dieser Regierung Impulse aufzunehmen. Schröders Ankündigung des

Jahres 1998, den Osten zur Chefsache zu machen, war jedenfalls kein solcher Impuls, sondern – wie das Dohnanyi-Papier heute bestätigt – eine Drohung, die wahr gemacht wurde.

Arnold Vaatz ist Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Sprecher der Abgeordneten aus den neuen Bundesländern.

Rot/Grün verweigert sinnvolle Einigung beim Schwarzarbeits- bekämpfungsgesetz

Zu den Beratungen im Ver- mittlungsausschuss über das von Rot/Grün beschlos- sene Schwarzarbeitsbe- kämpfungsgesetz:

Das von Rot/Grün beschlossene Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz steht gegenwärtig im Vermittlungsausschuss auf dem Prüfstand. Dort zeigt sich erneut, dass mit den in diesem Gesetz vorgesehenen Maßnahmen nur die Symptome und nicht die Ursachen von Schwarzarbeit bekämpft werden. Das Gesetz sieht keinerlei präventive Maßnahmen vor. Es lässt notwendige Reformen zur Flexibilisierung und Deregulierung des Arbeitsmarktes vermissen. Es fehlt ein steu-

erpolitisches Gesamtkonzept, das den Kriterien einfacher, niedriger und gerechter folgt. Und, und...

Dieser Grundfehler des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes lässt sich im Vermittlungsausschuss sicherlich nicht mehr beheben. Aber auch im Detail sind manche Maßnahmen fragwürdig. So hält Rot/Grün an der zweijährigen Aufbewahrungspflicht für Rechnungen an private Auftraggeber, soweit sie mit Grundstücksumsätzen in Zusammenhang stehen, mit Vehemenz fest. Das bedeutet, dass jeder private Auftraggeber sich für Reinigungsarbeiten an Räumlichkeiten oder Flächen, Leistungen im gärtnerischen Bereich, Instandhaltungsarbeiten in und Gebäuden oder Wartungs- oder Reparaturarbeiten eine Rechnung ausstellen lassen und diese zwei Jahre aufbewahren muss. Bei Nichtaufbewahrung einer ausgestellten Rechnung muss der private Auftraggeber mit einem Bußgeld von 1000 Euro rechnen.

In der Anhörung der Sachverständigen wurde diese Maßnahme „trotz ihres hehren Ziels als schlicht lächerlich“ bezeichnet. Der Gesetzgeber solle von „solchen Mätzchen Abstand nehmen, wenn er noch den



Michael Meister

Anspruch erheben wolle, ernst genommen zu werden“. Man dürfe gespannt sein, welche Aufklärungsmaßnahmen der Gesetzgeber noch vorschlagen werde, damit die geneigte Bevölkerung wenigstens von dieser nun völlig neuartigen Verpflichtung erfahre. Und im Übrigen könne man einem kollusiven Zusammenwirken so auch nicht begegnen.

Die Union hat dieser – im Widerspruch zu dem von Rot/Grün angekündigten Bürokratieabbau stehenden – Maßnahme in den bisherigen Verhandlungen eine klare Absage erteilt. Auch das Angebot, alternativ zur Rechnung einen Kontoauszug vorlegen zu können, ist vor dem genannten Hintergrund nicht zielführend.

Ebenso hat die Union in den bisherigen Verhandlungen die Aufgabe effizienter Regelungen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit im

Handwerks- und Gewerbebereich abgelehnt. Die Union sieht es nicht als sinnvoll an, ein bundesweites Verfolgungspotenzial von über 15.000 erfahrenen und ortskundigen Verfolgern sowie deren Erfolge mit einem Federstrich zu beseitigen. Warum sollten bewährte Systeme ohne Not zerschlagen werden?

Rot/Grün hat es in der Hand das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz wenigstens in Teilbereichen sinnvollen Regelungen zuzuführen.

Michael Meister ist der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Grüne Gentechnik: EU kontra Rot-Grün

Zur Ankündigung des EU-Programms „Pflanzen für die Zukunft“:

Größer kann der Unterschied nicht sein! Mit dem neuen Gentechnik-Gesetz haben SPD und Grüne die Forschung und Anwendung dieses Biotechnik-Zweiges in Deutschland geradezu unmöglich gemacht.

Beinahe gleichzeitig verkündet nun EU-Forschungskommissar Busquin, eine neue Forschungsplattform im Bereich der „Grünen Gen-



Helmut Heiderich

technik“ mit dem 7. Rahmenprogramm schaffen zu wollen.

Als „Vision 2025“ nennt Busquin eine „Bio-basierte“ Wirtschaft als dringend notwendig. Dabei komme gerade der Pflanzen-Biotechnik und der Pflanzen-Genomforschung eine wesentliche Bedeutung für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit Europas zu.

Erfreulich ist, dass eine Reihe deutscher Forscher und Unternehmen bei der Ausarbeitung dieser „Vision 2025“ aktiv beteiligt ist. Dies zeigt, dass Deutschland bei der Genforschung in der Vergangenheit erfolgreich gearbeitet hat.

Jetzt kommt es darauf an, die neue Forschungs- und Entwicklungsplattform im 7. EU-Rahmenprogramm umfassend zu verankern.

Die Bundesregierung und insbesondere der Kanzler sind gefordert, dieses

Projekt auf EU-Ebene zu unterstützen und die Bereitstellung ausreichender Forschungsmittel durchzusetzen.

Es muss Ziel der Bundesregierung sein, dass Forscher und Unternehmen aus unserem Land auch in die Erarbeitung dieser Projekte umfassend eingebunden werden.

Helmut Heiderich ist der Beauftragte für Bio- und Gentechnologie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Afghanistan braucht mehr als Stückwerk

Zu den Ergebnissen des Nato-Gipfels mit Blick auf Afghanistan:

Die Ergebnisse des Nato-Gipfels sind offenbar nicht das Papier wert, auf dem sie stehen. Noch während des laufenden Gipfels rudert die Bundesregierung zurück und verschiebt den Start für das zweite Wiederaufbauteam auf unbestimmte Zeit. Dass es dem Bundeskanzler in Istanbul offenbar nicht gelungen ist, feste Zusagen von internationalen Partnern für das zweite Wiederaufbauteam in Faisabad, einem der größten Mohnanbaugebiete, zu gewinnen, zeigt, wie wenig überzeugend das deutsche Konzept für andere



Christian Schmidt

Länder ist. Die Bundesregierung hätte stattdessen auf die Realisierung eines verknüpften Systems der Stabilisierungsteams drängen müssen. Insellösungen tragen nicht.

Die Bundesregierung kann nicht in Istanbul eine Ausweitung des internationalen Afghanistan-Engagements auf 10.000 Soldaten mitbeschließen und nur Stunden danach ein weiteres deutsches Engagement ausschließen. Zweifellos ist es gerade im Vorfeld der Wahlen wichtig, die Lage auch über Kabul hinaus weiter zu stabilisieren. Afghanistan kann langfristig nur durch ein überzeugendes internationales Engagement geholfen werden, nicht durch das in Istanbul beschlossene Stückwerk.

Christian Schmidt ist der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Bestellschein Glücksrad

Fax 030 22070-389

CDU-Bundesgeschäftsstelle
 Bereich Produktion und Distribution
 Klingelhöferstraße 8
 10785 Berlin

**Absender/KV-Nr.
 Rechnungsanschrift**

--	--	--	--

Lieferanschrift

(falls nicht identisch)

CDU-Verband oder Name

CDU-Verband oder Name

Ansprechpartner

Ansprechpartner

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

Telefon

Telefon

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen. Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

Anzahl	Artikelbezeichnung	Einzelpreis	Gesamtpreis
	Glücksrad mit neuem Nylonkunststofflager, verschleißfrei inkl. 30,68 € Versandkosten für Spedition	265,68 € (308,19 €)	



Auf Wunsch andere Farbausstattung der beiden Farbfelder (ähnlich HKS oder Pantone) möglich
 Mehrkosten Preis je Expl.: 35,00 €

Glücksrad-Sonderanfertigung

- individuell gestaltetes Rad bis zu einem 4-Farbdruk
- Digitaldruck nach Ihren gestellten Daten

Preis je Expl. **420,68 €** (487,99 € inkl. MwSt.)
 inklusive Verpackung und Versand

Datum, Unterschrift

Preise in den Klammern sind inkl. 16% MwSt.

Blumendose: Blumensamen – Mittagsgold/Gazanie –

Züchten Sie sich Ihre Blume selbst –
direkt aus der Dose. Alles was die Pflanze
braucht, ist schon in der Dose enthalten.
Sie brauchen nur noch Wasser dazugeben
(Pflegeanleitung liegt bei).

Bestell-Nummer: **9118**
Preis je 3 Stück: **10,50 €**
inkl. MwSt.: 12,18 €



Bierdeckel

Bestell-Nummer: **9292**
Preis je 600 Stück: **15,90 €**
inkl. MwSt.: 18,44 €



Seifenblasenspender

36 in einer Box

Bestell-Nummer: **9892**
Preis je Box: **11,00 €**
inkl. MwSt.: 12,76 €



CDU-Scooter

inkl. Rucksack

Bestell-Nummer: **9673**
Preis je 1 Stück: ~~20,00 €~~ **12,92 €**
inkl. MwSt.: ~~29,00 €~~ **14,99 €**



Sommerpack

Der ideale Begleiter für einen Ausflug. Bestehend aus: Stoffbeutel, eine Thermoskanne mit zwei Bechern.

Bestell-Nummer: **9025**
 Komplettpreis: **6,00 €**
 inkl. MwSt.: 6,96 €

Alle Artikel sind auch einzeln zu bestellen:

Stoffbeutel

Er ist mehr als nur ein Beutel. Durch die beiden seitlich zusammenziehbaren Kordeln kann man ihn auch als Rucksack tragen. Sehr geeignet für Informationsmaterialien und Streuartikel bei Canvassingaktionen.

Bestell-Nummer: **9026**
 Preis je 5 Stück: **7,50 €**
 inkl. MwSt.: 8,70 €



Becher-Set

Set besteht aus 4 Kunststoffbechern in gelb, orange, hellblau und grün.

Bestell-Nummer: **9028**
 Preis je 1 Set: **4,40 €**
 inkl. MwSt.: 5,10 €

Thermoskanne

Kunststoffgehäuse, Thermosinnenteil aus Glas für 0,25 l Inhalt.

Bestell-Nummer: **9027**
 Preis je 1 Stück: **3,60 €**
 inkl. MwSt.: 4,18 €



UID

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



NEU!

Sonnenschirm
ohne Fuß

Bestell-Nummer: **0458**
Preis je Stück: **38,00 €**
inkl. MwSt.: 44,00 €

Fußständer
für Sonnenschirme

Bestell-Nummer: **0459**
Preis je Stück: **6,50 €**
inkl. MwSt.: 7,54 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de